

lichung der ökonomischen Strategie der SED für die achtziger Jahre, die auf die Steigerung der Produktivität und Effektivität der Arbeit der Werktätigen, auf eine höhere Leistungskraft der Gesellschaft gerichtet ist, worin auch die wesentliche ökonomische Garantie für die Rechte und Freiheiten der Bürger liegt.

### 6.3.3.

#### **Juristische Garantien**

Von großer Bedeutung ist Art. 19, in dem es heißt: „Die Deutsche Demokratische Republik garantiert allen Bürgern die Ausübung ihrer Rechte und ihre Mitwirkung an der Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung. Sie gewährleistet die sozialistische Gesetzlichkeit und Rechtssicherheit.“

Daraus folgt auch die *juristische Verpflichtung aller staatlichen Organe, die Grundrechte und alle anderen Rechte der Bürger zu schützen*. Diese Verpflichtung wurde in speziellen Normativakten bestätigt und konkretisiert.

**So wird z. B. in § 2 des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen deren hohe Verantwortung für den Schutz der Rechte der Bürger ausdrücklich geregelt.**

Die generelle Garantie der Grundrechte durch die Staatsmacht selbst und das damit verbundene Gebot für alle Staatsorgane, alle gesellschaftlichen Kräfte und jeden einzelnen Bürger, Würde und Freiheit der Persönlichkeit zu achten und zu schützen (Art. 19 Abs. 2), verbürgen, daß jedes Grundrecht den allseitigen Schutz durch die Macht des Volkes genießt. Niemand darf diese Rechte in ihrer Zielrichtung und Substanz antasten, verändern oder verletzen.

Für die Sicherung der Grundrechte haben weitere Bestimmungen der Verfassung große Bedeutung. Das gilt für Art. 86, der die sozialistische Gesellschaft, die politische Macht des werktätigen Volkes, ihre Staats- und Rechtsordnung als grundlegende Garantie für die Einhaltung und Verwirklichung der Verfassung im Geiste der Gerechtigkeit, Gleichheit, Brüderlichkeit und Menschlichkeit kennzeichnet. Die Realisierung des Art. 65, wonach Entwürfe grundlegender Gesetze vor ihrer Verabschiedung der Bevölkerung zur Erörterung zu unterbreiten und die Ergebnisse der Diskussion bei der end-

gültigen Fassung auszuwerten sind, ermöglicht es den Bürgern, schon bei der Gesetzgebung unmittelbaren Einfluß auf die Gestaltung ihrer Rechte zu nehmen. Der in Art. 87 geregelte Grundsatz, die Bürger und ihre Gemeinschaften in die Rechtspflege und die gesellschaftliche und staatliche Kontrolle über die Einhaltung des sozialistischen Rechts einzubeziehen, zielt auf eine von allen staatlichen und gesellschaftlichen Kräften sowie Bürgern getragene sozialistische Gesetzlichkeit.

Über die genannten grundlegenden verfassungsmäßigen Sicherungen hinaus sind die Grundrechte mit speziellen, in der Verfassung näher bezeichneten Garantien ausgestattet (vgl. z. B. Art. 21 Abs. 2).

Bei Beeinträchtigung oder Verletzung seiner Rechte, z. B. durch andere Bürger, Mitarbeiter von Staatsorganen, staatlichen Einrichtungen oder Betrieben, kann jeder Bürger staatlichen oder gesellschaftlichen Rechtsschutz beanspruchen und die zuständigen staatlichen Organe verpflichtend ersuchen, ihn bei der Wiederherstellung bzw. Sicherung seiner Rechte zu unterstützen (Art. 19 und 30). Je nach Art des verletzten Grundrechts sind — zum Teil alternativ — mehrere Möglichkeiten gegeben.

*Erstens:* Jeder Bürger kann sich gemäß Art. 103 der Verfassung mit Eingaben (Vorschlägen, Hinweisen, Anliegen oder Beschwerden) an die Volksvertretungen, die staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, die Betriebe, Kombinate, Genossenschaften und Einrichtungen sowie an die Abgeordneten wenden. Dieses Recht steht auch den gesellschaftlichen Organisationen und den Gemeinschaften der Bürger zu. Diesem Recht entspricht die verfassungsmäßige Pflicht der für die Entscheidung verantwortlichen Organe, die Eingaben „innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist zu bearbeiten und den Antragstellern das Ergebnis mitzuteilen“ (Art. 103 Abs. 2 sowie § 1 Eingabengesetz). Das Verfahren dazu ist im Eingabengesetz geregelt.

*Zweitens:* Die Bürger haben die Möglichkeit, die Deutsche Volkspolizei, die Staatsanwaltschaft oder die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion zu ersuchen, im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Beseitigung einer etwaigen Rechtsverletzung zu bewirken.

*Drittens:* Die Bürger sind berechtigt, die